



NIEDERSCHRIFT

über die 27. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 08.05.2012,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 20:18



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

ab 17.19 Uhr TOP 2 ö.S.

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

ab 17.10 Uhr TOP 1 ö.S.

Günter Scharhag

Michael Scheid

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Wolfgang Kern

Peter Lerch

Rolf Morio

Dorothea Müller

Wilhelm Prokop



Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Alexander Ellinghaus

ab 17.13 Uhr TOP 1 ö.S.

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

ab 17.17 Uhr TOP 1 ö.S.

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordnete

Rudi Klemm



Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Markus Abel	(Umweltamt)
Christine Baumstark	(Hauptamt)
Bernhard Eck	(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Peter Kaiser	(Stadtbauamt)
Christoph Kamplade	(Stadtbauamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)
Ralf Müller	(Amt für Schulen, Kultur und Sport)

Sonstige

Rudolf Boesche	(Ortsvorsteher Wollmesheim)
Michael Niedermeier	(Leiter Pressestelle)
Aydin Tas	(Vorsitzender Beirat Migration und Integration)
Carina Treitz	(Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

SPD

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Kurt Ludwig

CDU



Theo Kautzmann

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Magdalena Schwarzmüller



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende gratulierte mit einem Blumenstrauß dem Ratsmitglied Dorothea Müller zu ihrem heutigen 60. Geburtstag.

Ratsmitglied Marquardt beantragte, den Tagesordnungspunkt 2 der nichtöffentlichen Sitzung von der Tagesordnung abzusetzen, da hier ein Verfahren des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz anhängig sei. Weiter beantragte er die Absetzung der Tagesordnungspunkte 4 und 5 der nichtöffentlichen Sitzung. Hier müsse wegen formaler Fehler neu ausgeschrieben werden.

Der Vorsitzende entgegnete, dass manchmal schnelle Entscheidungen nötig seien. Letztlich entscheide der Stadtrat.

Der Stadtrat lehnte die Absetzung des Tagesordnungspunktes 2 der nichtöffentlichen Sitzung mehrheitlich mit 2 Ja- und 33 Nein-Stimmen ab.

Der Stadtrat lehnte die Absetzung der Tagesordnungspunkte 4 und 5 der nichtöffentlichen Sitzung mehrheitlich mit 2 Ja- und 33 Nein-Stimmen ab.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Einwohnerfragestunde
2. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Herrn Jochen Wetter
3. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Anhörung zur Unterbringung der Polizei in Landau
Vorlage: 101/146/2012
4. Arrondierungs- und Innenentwicklungspotentiale
- 4.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Ausweisung kleinerer Baubereiche in der Kernstadt und in den Stadtteilen
Vorlage: 101/147/2012
- 4.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Nutzung von Innenentwicklungspotentialen
Vorlage: 101/149/2012
5. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Prüfung einer Beteiligung am Ausschreibungsverfahren des Dualen Systems Deutschland
Vorlage: 101/148/2012
6. Energetische Sanierung der Villa Streccius, Südring 20
Vorlage: 230/110/2012
7. Verlängerung der Übertragung der Genehmigung zum Betrieb einer Einäscherungsanlage in Landau in der Pfalz
Vorlage: 300/053/2012



8. Änderung der Satzung über die Ablösung von Stellplatzverpflichtung
Vorlage: 300/055/2012
9. Änderung der Erschließungsbeitragssatzung
Vorlage: 300/056/2012
10. Integriertes Klimaschutzkonzept Landau (Sustainable Energy Action Plan SEAP)
Vorlage: 350/013/2012
11. 1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenbeleuchtung und
Straßenoberflächenentwässerung im Bereich der Verkehrsanlage Moltkestraße/Reduitstraße
in Landau in der Pfalz
2. Festlegung des Anteils der Stadt Landau in der Pfalz am beitragsfähigen Ausbauaufwand
Vorlage: 680/042/2012
12. 1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenoberflächenentwässerung
im Bereich von Verkehrsanlagen im Stadtteil Mörlheim
2. Festlegung des Anteils der Stadt Landau in der Pfalz am beitragsfähigen Ausbauaufwand
Vorlage: 680/044/2012
13. Neukonzeption der Sporthallen im Zusammenhang mit der Rundsporthalle
Vorlage: 820/076/2012
14. Umbau und Sanierung des Gebäudes 12 in der ehemaligen Kaserne Estienne-Foch zu einem
Bürogebäude mit Besucherzentrum für die Landesgartenschau 2014 - Mehrkosten
Vorlage: 860/141/2012
15. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Herr Dr. Strack sprach die Initiative „Mehr Demokratie“ an. Dabei gehe es darum, dass die Bürger über Projekte demokratisch abstimmen wollen. Die Ergebnisse sollen dann für die Stadt bindend sein. Seine Frage sei, ob sich der Oberbürgermeister und der Stadtrat an solch ein Ergebnis halten würde.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es für die Bürgerbeteiligung die Regeln der Gemeindeordnung gebe, die auch für die Stadt Landau gelte. Der Stadtrat sei der gewählte Souverän. Im übrigen gebe es Bürgerbeteiligung auch in Landau schon heute. So gebe es bei vielen Projekten Bürgerforen und ausreichende Bürgerbeteiligung.

Herr Dr. Strack wollte wissen, wer dann zum Beispiel über Kunstprojekte entscheide.

Der Vorsitzende stellte noch mal klar, dass die Entscheidung immer beim Stadtrat liege.

Herr Schmitt sprach die Neuregelung zur Ausgabe der Wertstoffsäcke an. Hier werde eine gute bürgernahe Regelung aufgehoben. Er frage, ob es keine Alternative hierzu gebe.

Der Vorsitzende stellte klar, dass die Ausgabe der Wertstoffsäcke nicht Aufgabe der Stadt sondern des Entsorgers, also des Dualen Systems sei. Bisher habe man es gemacht, habe aber immer wieder massive Probleme gehabt.

Bürgermeister Hirsch ergänzte, dass es nach wie vor Ausgabestellen beim EWL, in den Ortsvorsteherbüros und im Horst gebe. Ab dem kommenden Jahr strebe man die gleiche Lösung an, wie sie im Landkreis bereits seit Jahren praktiziert wird. Der Entsorger wird den Haushalten dann Wertstoffsäcke zustellen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Herrn Jochen Wetter

Der Vorsitzende würdigte Herrn Jochen Wetter für seine Verdienste im sportlichen Bereich. Er ist seit 48 Jahren ehrenamtlich tätig. Als Leichtathletiktrainer sei er seit 1966 vor allem bei der Jugend aktiv. Als Trainer im Mehrkampf habe er mehr als 150 Jugendliche betreut. Während seiner Zeit als Bundestrainer im Stabhochsprung von 1995 bis 1999 und als Stützpunkttrainer Stabhochsprung von 2000 bis 2003 habe er viele Athletinnen zu internationalen Erfolgen geführt. Unvergessen bleibe die Teilnahme von Nicole Humbert an den Olympischen Spielen. Lange Jahre sei er auch Trainer in Frankreich und Schweden gewesen und habe jährlich einen Internationalen Jugendaustausch mit Vereinen aus Schweden, Österreich und Israel organisiert. Er sei der „Mister Stabhochsprung“. Die Verleihung der Ehrennadel sei eine Würdigung seiner außergewöhnlichen sportlichen Verdienste in der Stadt Landau.

Der Vorsitzende verlas die Ehrungsurkunde und überreichte Herrn Wetter die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.

Herr Wetter bedankte sich für die Ehrung. Für ihn stehe immer die Sportpraxis im Vordergrund. Vereinsfunktionäre könnten ihre Zeit und ihre Tätigkeit frei wählen, Trainer hingegen seien die Knechte des Sports. Er empfinde die Ehrung daher auch als eine Ehrung der Sportpraxis. Sein Verein sei der Turnverein und auch der ASV als Gesamtverein. Dieser hole seit 150 Jahren die Kinder von der Straße. Diese Aufgabe eines Vereins komme weit vor dem Leistungssport.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Anhörung zur Unterbringung der Polizei in Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 3. April 2012, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Morio begründete den Antrag. Die beantragte Anhörung solle die räumliche Situation der Polizei in Landau darstellen und Lösungen für eine Verbesserung der Situation aufzeigen. Der Polizei fehle eine Nutzfläche von ca. 600 bis 700 qm. Nachteilig sei auch, dass die Polizei auf 3 verschiedene Standorte verteilt sei. Hinzu komme der bauliche Zustand der Gebäude, der gesundheitsgefährdend für die Beschäftigten sei. Seit 2007 sei bekannt, dass der Bedarf bestehe und seit dieser Zeit werde immer wieder geplant und vertröstet. Die Bevölkerung habe einen Anspruch auf eine gute und gut funktionierende Polizei. Mit der Anhörung könne sich der Stadtrat ein besseres Bild über die Situation machen und anschließend versuchen zur Lösung beizutragen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion dem Antrag zustimme. Er sei gespannt, wie Ministerium und LBB die Situation darstellen werden. Es gebe sicherlich mehr als einen denkbaren Standort.

Der Vorsitzende war der Meinung, dass eine solche Anhörung sicher helfen könne. Da dies aber eine gewisse Vorlaufzeit benötige, schlage er vor, die Anhörung in der Stadtratssitzung am 28. August 2012 durchzuführen.

Ratsmitglied Marquardt stimmte der Anhörung ebenfalls zu. Bei der Standortsuche sollte man auch das Grundstück am Güterbahnhof am Ende der Cornichonstraße in Betracht ziehen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

eine Anhörung im Stadtrat mit Vertretern des Innenministeriums, des LBB und der Polizeidirektion Landau zur räumlichen Situation der Landauer Polizei, zu vorhandenen Mängeln der Dienstgebäude und zu den Perspektiven für deren Beseitigung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Arrondierungs- und Innenentwicklungspotentiale

Der Vorsitzende verwies auf die Anträge der CDU-Stadtratsfraktion vom 12. April 2012 und der SPD-Stadtratsfraktion vom 1. Mai 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt sind. Die beiden Anträge wurden gemeinsam beraten.

Ratsmitglied Eichhorn begründete zunächst den Antrag der CDU-Fraktion. Der Unterschied der beiden Anträge liege darin, dass der CDU-Antrag mehr auf die Bauentwicklung im Außenbereich und der SPD-Antrag mehr auf die Bauentwicklung im Innenbereich ziele. Man sei erfreut über die Erkenntnis der Verwaltung, dass die früher beschlossene Generallinie nicht durchzuhalten ist. Dies habe schon der Antrag zum Arrondierungsgebiet in Godramstein gezeigt, der nur mit äußerst knapper Mehrheit abgelehnt worden sei. Es gebe junge Bauwillige, die sich nicht in größere Kernstädte kanalisieren ließen. Die Erstellung des Baulückenkatasters habe sich als Schuss in den Ofen erwiesen. Nur 4 % der Grundstückseigentümer hätten sich bereit erklärt, mit ihren bebaubaren Grundstücken an den Markt zu gehen. In Godramstein stünden 30 Bauwillige auf der Warteliste für ein am Ortskern angedocktes kleines Baugebiet.

Die Abstimmung über Potentiale für mögliche Abrundungsgebiete sollte seitens der Verwaltung zwingend mit den Ortsbeiräten und den Ortsvorstehern erfolgen. Diese hätten die Ortskenntnis und könnten die Interessenslage beurteilen.

Ein Verweis in den Fachausschuss halte er bei diesem Antrag für entbehrlich. Daher bitte er um Abstimmung über diesen Antrag.

Ratsmitglied Dr. Kopf begründete den Antrag der SPD-Fraktion. Er stelle durchaus Überschneidungen mit dem CDU-Antrag fest. Im Einzelfall könnten solche Abrundungsgebiete auch Sinn machen. Wichtig sei aber, einige fachliche Gesichtspunkte zu beachten. Die Stadt Landau sei in der glücklichen Situation, dass man noch einen positiven Bevölkerungssaldo habe. Landau werde einen Zuwachs von 2 bis 5 % erfahren, allerdings nur noch in den nächsten 10 Jahren. Deshalb gehe es darum, für diesen kurzfristigen Zeitraum noch ein paar wenige Grundstücke bereitzustellen. Noch würden bei uns nicht ganze Stadtviertel leer stehen wie beispielsweise im Osten. Die SPD-Fraktion wolle keine Verödung der Innenstadt und der Ortsteile und dann auf der grünen Wiese die Wohngebiete. Dies würde die gesamte dörflich geprägte Infrastruktur zerstören. Absolute Priorität müsse die Nachverdichtung im Innenbereich haben. Deshalb sei auch das Baulückenkataster wichtig gewesen. Neustadt habe es geschafft, dass 60 % der bebaubaren Grundstücke aus Privatbesitz im Internet veröffentlicht sind. Es ärgere ihn massiv und er habe auch kein Verständnis dafür, dass Bauplätze nicht veräußert werden. Die Antwort könne dann aber nicht sein, Neubaugebiete auf der grünen Wiese auszuweisen. Dies seien die Rezepte von vorgestern. Deshalb plädiere er dafür, eine Diskussion über den Erlass von Baugeboten zu prüfen. Insgesamt brauche man ein Gesamtkonzept. Dies unterscheide den Antrag der SPD von dem Antrag der CDU-Fraktion. Ihm sei sehr an einem größeren Konsens gelegen. Deshalb sollte man beide Anträge abschließend im Bauausschuss behandeln.

Der Vorsitzende erklärte, dass es relativ einfach sei, in Sonntagsreden nachhaltige Politik zu predigen. Wenn man dann gefordert sei etwas zu tun, werde es schwierig. Man werde auch in Landau einen Rückgang an Neubürgern haben. Es werde sich rächen, heute neue Häuser zu bauen die dann in 40 oder 50 Jahren nicht mehr gebraucht werden. Natürlich sei ihm klar, dass man Politik nicht gänzlich gegen Menschen und gegen Bedarfe machen könne. Es sei keine Frage, dass es einen gewissen Bedarf an Einfamilienhäusern gerade in den Stadtdörfern gebe. Deshalb gebe es bereits den Auftrag an das Bauamt, den Bedarf zu ermitteln.

Man müsse über den Umgang mit Bauland sprechen. Wenn alle, die in Landau ein Grundstück besitzen, auch veräußern würden, hätte man diese Probleme nicht. 480 Grundstücke in Landau seien nicht bebaut, weil es Menschen gebe die aus unterschiedlichsten Gründen nicht veräußern. Wenn man neue Baugebiete ausweise, dann müsse man auch für den Verkauf der Grundstücke sorgen. Es gebe sowohl in der Stadt als auch in den Stadtdörfern Entwicklungspotentiale.



Er bitte nachdrücklich um eine gemeinsame Lösung. Man sollte heute einen strategischen Auftrag an den Bauausschuss beschließen.

Ratsmitglied Ellinghaus betonte, dass man im Falle einer Abstimmung für den SPD-Antrag stimmen werde. In den letzten Jahren habe man riesige Konversionsflächen zu Baugebieten gemacht. Nun komme mit dem Wohnpark Am Ebenberg noch mal ein riesiges Gebiet hinzu. Es bestehe daher sehr wohl die Gefahr, dass bald eine große Anzahl an Wohngebäuden in den Stadtdörfern leer stünden.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass beide Anträge ihre Berechtigung hätten. In wie weit Baugebote umsetzbar seien, müsse juristisch geklärt werden. Grundsätzlich könne sich die FWG mit Baugeboten anfreunden.

Was die weitere Entwicklung betreffe müsse man unterscheiden zwischen Entwicklung und Zuzug. Landau werde sich weiter entwickeln, das wolle man ja auch. Eine Zersiedlung wolle letztlich keiner, das mache ja auch keinen Sinn. Man könne aber auch nicht jeden auf das Gartenschaugelände verweisen. Vor Ort, in den Stadtteilen, seien oftmals die Eltern oder soziale Bindungen. Die FWG-Stadtratsfraktion sei für Abrundungen in den Stadtteilen, aber gegen eine groß angelegte Zersiedelung.

Ratsmitglied Silbernagel erinnerte daran, dass Ursprung das abgelehnte kleine Baugebiet in Godramstein gewesen sei. In dieser Folge sei es zur Erfassung innerörtlicher Baulücken gekommen. Dieses Baulückenkataster sei auch gut und richtig, aber in Sachen Verkaufsbereitschaft nicht befriedigend. Es sei sicher sinnvoll, die Grundstücksbesitzer anzusprechen. Man dürfe sie aber auch nicht nerven und müsse deren Grund und Boden akzeptieren. Gerade deshalb sollte man Arrondierungsgebiete in den Stadtteilen angehen. Für junge Familien müsse man stadtnahe Gebiete parat halten. Aus den genannten Gründen werde man dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die UBFL-Stadtratsfraktion dem Antrag der SPD vorbehaltlos zustimmen könne. Der Antrag der CDU sei schwieriger, da es wohl auch um den peripheren Bereich gehe. Sie bitte darum, die beiden Anträge in den Bauausschuss zu verweisen. Dort könne man dies ausgiebig beraten.

Ratsmitglied Eichhorn betonte, dass beim Grundsatz „Innenentwicklung geht vor Außenentwicklung“ Einigkeit bestehe. Das sicherlich hehre Anliegen des SPD-Antrages mache aber die Rechnung ohne den Wirt. Die Ausübung eines permanenten Drucks auf Grundstückseigentümer halte er nicht für zielführend. Damit erreiche man möglicherweise nur das Gegenteil. Meistens seien es verschiedene Gründe, die die Eigentümer vom Verkauf der Grundstücke abhalten. Dies müsse man akzeptieren. Ein Baugebot werde rechtlich nicht durchsetzbar sein.

Ratsmitglied Kern warnte davor, alle Stadtteile über einen Kamm zu scheren. Man müsse die Unterschiedlichkeit der Ortsteile beachten. In Godramstein gebe es die Situation, dass Bauflächen von Eigentümern blockiert werden, nicht. Dies mag andernorts anders sein. Es gehe hier nicht um große Baugebiete, sondern um Erweiterungsmöglichkeiten und Anpassungen. Er bitte darum sich nach den örtlichen Gegebenheiten zu richten.

Ratsmitglied Heuberger war der Auffassung, dass man gar nicht weit auseinander sei. Die CDU habe ja der Erstellung des Baulückenkatasters zugestimmt. Man sei auch für eine Innenentwicklung. Wenn aber die Realität zeige, dass dies nicht machbar sei, müsse man sich andere Wege überlegen. Den Punkt 3 des SPD-Antrages sehe er als Lösungsmöglichkeit für eine gemeinsame Linie. Es sei sicher ehrenwert, sich über die demographische Entwicklung Gedanken zu machen. Man könne aber nicht schon heute die Probleme lösen, die möglicherweise in 40 oder 50 Jahren da sein werden. Wir leben im heute und müsse die Probleme von heute lösen. Junge Familien wollten sich heute ihren Lebensraum erfüllen. Mit welchem Recht wolle man das verbieten. Er appelliere nachdrücklich, einen Kompromiss zu finden.

Ratsmitglied Doll erinnerte an den Antrag des Ortsbeirates Queichheim zur Nachverdichtung im Dorf. Nach Erstellung des Baulückenkatasters habe er mit der Mehrzahl der Besitzer gesprochen. Die



Beweggründe der Bürger, nicht zu verkaufen, seien vielschichtig aber nachvollziehbar. 80 % der Grundstücksbesitzer im möglichen Nachverdichtungsgebiet würden verkaufen oder es als Baugelände für die Kinder nutzen.

Ratsmitglied Baum-Baur sprach von maximal 20 bis 30 Bauwilligen in Godramstein. Dies wären etwa 120 Personen. Sie stelle die Frage, ob diese 120 Menschen so wichtig seien für den Erhalt des Dorfes und der Dorfstruktur. Es werde immer wieder Wohnraum frei, der demographische Wandel mache sich schon bemerkbar. Sie mache immer wieder die Erfahrung, dass es in Godramstein Interesse an altem Baubestand gebe.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass auch der Ortsbeirat Mörzheim den Wunsch nach einem Abrundungsgebiet beschlossen habe. Wenn man sich innerorts Häuser ansehe, dann seien diese meistens sehr groß. Dies sei dann größtenteils auch eine Frage des Preises.

Ratsmitglied Lerch betonte nochmals, dass die Intension von beiden Seiten die gleiche sei. Der Bedarf in den Ortsteilen sei hoch, dies würden die Ortsvorsteher immer wieder bestätigen. Dieser Bedarf könne derzeit nicht befriedigt werden. Es sei positiv, dass die Verwaltung hier schon tätig sei und den Bedarf an Arrondierungsgebieten prüfe. Mit dem Beschluss über den Antrag solle ein Zeitfaktor reinkommen. Die Frage, wo man arrondiere, müsse man dann gemeinsam besprechen. In der Frage des Zurückhaltens von baureifen Grundstücken helfe seiner Meinung nach ein Dialog nur wenig. Dies müsse man strukturell und ordnungspolitisch angehen.

Ratsmitglied Dr. Kopf verwies noch mal auf das Beispiel Neustadt. Es gehe darum, einen Dialog zum Baulückenkataster zu eröffnen. Neustadt praktiziere dies so. Es gehe nicht darum, den Leuten die Pistole auf die Brust zu setzen, sondern um Beratung. Dies erfordere aber Zeit. In allen Landauer Ortsteilen gebe es so viele sofort bebaubare Baulücken, wie ein Neubaugebiet hergeben würde. Wenn man frage, ob der Klimaschutz gelinge, dann gehe es schon um solche ganz profanen Dinge. Der Klimaschutz fange im Kleinen an. Es gebe durchaus große Schnittmengen bei den beiden Anträgen, die Ansätze für eine gemeinsame Lösung böten.

Ratsmitglied Volkhardt erinnerte daran, dass der Ortsbeirat Godramstein damals bei nur einer Gegenstimme für das Arrondierungsgebiet gestimmt habe. Wenn es heute zu einer Abstimmung komme, dann werde die FWG dem CDU-Antrag zustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4.1. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Ausweisung kleinerer Baubereiche in der Kernstadt und in den Stadtteilen

Der Antrag wurde gemeinsam mit Punkt 4.2 beraten. Auf die Protokollierung unter Tagesordnungspunkt 4 wird verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 21 Ja-, 16 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

Die Verwaltung wird beauftragt, im innerörtlichen und peripheren Bereich der Kernstadt und der Stadtteile kleinere Abrundungs- und Lückenschlussbaugebiete auszuweisen und die baurechtlichen Voraussetzungen hierfür zu schaffen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4.2. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Nutzung von Innenentwicklungspotentialen

Der Antrag wurde gemeinsam mit Punkt 4.1 beraten. Auf die Protokollierung unter Tagesordnungspunkt 4 wird verwiesen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erklärte, dass man nach dem Verlauf der Diskussion auf eine Abstimmung verzichte. Er bitte, den Antrag in den Bauausschuss zu verweisen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 1. Mai 2012 zur Nutzung von Innenentwicklungspotentialen und zur Fortentwicklung des Landauer Baulandkatasters wird zur weiteren Beratung in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Prüfung einer Beteiligung am Ausschreibungsverfahren des Dualen Systems Deutschland

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 19. April 2012, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Scheid begründete den Antrag. Das Thema sei im letzten Verwaltungsrat des EWL kurz angesprochen worden, sei allerdings nicht protokolliert. Es gehe darum zu prüfen, ob es wirtschaftlich und sinnvoll sei, dass der EWL sich am Ausschreibungsverfahren des Dualen Systems beteilige. Wenn es zu einem positiven Ergebnis komme, könnte dies auch Auswirkungen auf den Gelben Sack haben.

Bürgermeister Hirsch erklärte, dass man dies prüfen werde. Dies werde allerdings eine etwas längere Zeit in Anspruch nehmen, da dies in einen größeren Kontext eingebunden werden solle.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den EWL mit einer Prüfung zu beauftragen, ob es wirtschaftlich ist, sich an den Ausschreibungsverfahren des Dualen System Deutschland zu beteiligen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Energetische Sanierung der Villa Streccius, Südring 20

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 8. März 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begrüßte die Sanierung der Villa Streccius ausdrücklich. Neben den umweltpolitischen Gesichtspunkten sei dies auch ein Zeichen an die Ehrenamtlichen. Die Villa Streccius sei ein entscheidender Baustein in der Landauer Kulturpolitik, die weit über die Stadt hinaus wirke. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage gerne zu.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass auch die UBFL-Stadtratsfraktion vorbehaltlos für diese Sitzungsvorlage stimmen werde. Es sei dies eine sehr notwendige Maßnahme für den Erhalt des Hauses. Wichtig sei die Sanierung nicht nur aus ökologischen und ökonomischen Gründen, sondern auch als wichtiges Zeichen an den Kunstverein.

Ratsmitglied Hott teilte mit, dass auch die CDU-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde. Man sehe es ebenfalls als Zeichen in der kulturpolitischen Debatte, die auf uns zukommen werde.

Ratsmitglied Schröer sprach von einer sinnvollen Maßnahme zur CO²-Einsparung. Die Bündnis 90 /Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage ebenfalls zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

als willensbildendes Organ der Bürgerstiftung, die Sanierung und Renovierung der Villa Streccius wie folgt vorzunehmen:

- **Fensterarbeiten**
- **Erneuerung der Heizungsinstallationen**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Verlängerung der Übertragung der Genehmigung zum Betrieb einer Einäscherungsanlage in Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 22. Februar 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Vorlage. Der Vertrag zum privaten Betrieb des Krematoriums laufe aus. Dieser Vertrag werde jetzt mit dem gleichen Betreiber verlängert. Für die Stadt sei dies sinnvoll und wirtschaftlich.

Ratsmitglied Marquardt hätte sich gewünscht, die Vertragsdauer auf 10 Jahre zu reduzieren und nicht direkt 20 Jahre. Die UBFL-Stadtratsfraktion werde nicht zustimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 37 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

der Verlängerung der Übertragung der Genehmigung zum Betrieb einer Einäscherungsanlage in Landau in der Pfalz an die Krematorium Landau/Pfalz GmbH zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Änderung der Satzung über die Ablösung von Stellplatzverpflichtung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 29. März 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den als Anlage beigefügten Entwurf einer Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Ablösung von Stellplatzverpflichtungen als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Änderung der Erschließungsbeitragssatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 4. April 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den als Anlage beigefügten Entwurf der „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von Beiträgen für die erstmalige Herstellung von Erschließungsanlagen (Erschließungsbeitragssatzung).“



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Integriertes Klimaschutzkonzept Landau (Sustainable Energy Action Plan SEAP)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 4. April 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Es sei ein großartiges Werk entstanden, für das er Herrn Beigeordneten Klemm als zuständigen Dezernenten aber auch allen beteiligten Mitarbeitern, insbesondere Herrn Abel ausdrücklich danken möchte.

Man habe hier nicht beim Punkt 0 begonnen, dies zeige sich jetzt bei den Werten. Schon sehr früh seien im Umweltbereich Konzepte entwickelt worden. Dies zeige sich jetzt bei den Werten, so dass man statt 20 % sogar 25 % anstreben könne. Weil man schon früh begonnen habe, könne man die Latte jetzt höher legen.

Der Covenant of Mayors, dem man beigetreten sei, sei nicht nur reine Absichtserklärung, sondern konkrete Umweltpolitik. Dieser Verantwortung stelle sich die Stadt Landau.

Beigeordneter Klemm stellte fest, dass der Covenant of Mayors in Deutschland noch nicht so weit verbreitet sei. Andere Länder seien hier teilweise deutlich weiter. In Italien und Spanien wären jeweils über 1000 Kommunen beteiligt. Das Klimaschutzkonzept sei eine Verpflichtung, die man sich selbst auferlege um zu einer nachhaltigen Energieeinsparung zu kommen. Der vorliegende Bericht sei nicht das Ende, vielmehr seien regelmäßige Umsetzungsberichte gefordert. Dies werde auch kontrolliert. Wichtig sei, dass hier ein ganzheitliches Energiekonzept vorliege. Zu dem Ziel, 25 % Energie einzusparen, tragen verschiedene Projekte bei. So müsse man sich beispielsweise dem Thema Elektroenergie und Elektroautos widmen. Auch CO²-Einsparungen ergäben sich nicht nur durch Effizienz, sondern auch durch regenerative Energien. Hier gebe es die aktuelle Diskussion um die Windkraft. Wenn man die Verantwortung habe, müsse man dies auch vor Ort umsetzen. Die Windkraft werde auch in Landau künftig ein Thema sein. Wenn man die Energiewende wolle, dann müsse man dies auch mit allen Konsequenzen wollen.

Die Stadt habe in vielerlei Hinsicht auch Vorbildfunktion im Bereich der energetischen Sanierung. Er sei sehr optimistisch, dass man die gesteckten Ziele erreichen werde.

Ratsmitglied Dr. Kopf betonte, dass Klimaschutzkonzepte nicht für die Galerie seien, sondern Leitfaden für das tägliche Handeln. Er finde es toll, dass die Stadt Landau als eine der wenigen Städte ein Klimaschutzkonzept habe, das auch seinen Namen verdiene. Auch im Landesentwicklungsprogramm IV stehe, dass Klimaschutzkonzepte erstellt werden sollen. In so fern sei man hier im Zuge der Zeit. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Kern erklärte, dass die Sitzungsvorlage zum Klimaschutzkonzept sehr deutlich zeige, dass man auf dem richtigen Weg sei. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Schröder lobte das vorliegende Klimaschutzkonzept. Bereits umgesetzte oder konkret geplante Maßnahmen würden zeigen, dass man auf dem richtigen Weg sei und diesen auch weiter gehen müsse. In das Klimaschutzkonzept seien viele Dinge aus den Energiekonzepten eingeflossen. Vielen Diskussionen, wie beispielsweise der Frage von Windkraft auf dem Taubensuhl, müsse man sich zukünftig stellen. Wichtig sei, dass das ganze aufbereitete Zahlenmaterial auch in konkrete Projekte umgesetzt werde. Ein wichtiger Baustein an konkreten Projekten wäre ein Verkehrskonzept. Genauso wichtig sei es, nicht noch mehr Flächen zu versiegeln durch Neubaugebiete auf der grünen Wiese. Viel wichtiger sei es, in den Altbaubestand zu gehen. Hier müsste durch energetische Maßnahmen mehr für die Energieeffizienz getan werden. Dies könne durch energetische Standards erfolgen, die festgeschrieben werden müssten. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage ebenfalls zu.

Ratsmitglied Freiermuth sprach von einer Fleißarbeit, die hier erstellt worden sei. Aufgefallen sei, dass der Anteil von Strom aus der Geothermie genauso hoch sei wie aus Blockheizkraftwerken und der Photovoltaik zusammen. Hier hätte man die Geothermie mit der Landesgartenschau zusammen



vermarkten können. Auch Windenergieanlagen würden sehr viel zur Stromversorgung beitragen. Auch die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage gerne zu.

Ratsmitglied Silbernagel stellte fest, dass die Stadt Landau vor Jahren begonnen habe, beispielsweise mit der Einstellung eines Energieberaters. Der Beitritt zum Covenant of Mayors sei richtig gewesen. Das Klimaschutzkonzept sei eine Standortbestimmung für die Stadt Landau, die fortgeschrieben werden müsse. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Marquardt unterstützte das Konzept. Kritisch sehe er die Aussage des Umweltdezernenten, die Stadt solle Dächer freigeben für die private Nutzung von Solaranlagen. Dies empfinde er als neoliberal. Die UBFL wolle dies lieber an Genossenschaften geben, damit sich auch Bürger daran beteiligen können. Weiter bemängelte er, dass kein städtisches Bussystem vorgesehen sei. Dennoch werde die UBFL-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zustimmen.

Beigeordneter Klemm entgegnete, dass sich jeder ein funktionierendes Stadtbussystem wünschen würde. Er rate hier aber zu Realismus, denn das koste mehrere Millionen Euro. Das könne sich die Stadt nicht leisten. Nur ein komplettes Stadtbussystem würde helfen, nur 5 Busse mehr einzusetzen führe letztlich nicht weiter. Beim Radwegekonzept gebe es immer wieder punktuelle Verbesserungen. Was den künftigen Wohnpark Am Ebenberg betreffe sei es Beschlusslage, dass die Häuser dort mindestens im Passivstandard errichtet werden müssen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

das Integrierte Klimaschutzkonzept Landau (Sustainable Energy Action Plan SEAP), das als Grundlage für die Meldung der Klimaschutzaktivitäten der Stadt Landau dem Konvent der Bürgermeister (Covenant of Mayors) in Brüssel übermittelt wird.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenbeleuchtung und Straßenoberflächenentwässerung im Bereich der Verkehrsanlage Moltkestraße/ Reditstraße in Landau in der Pfalz

2. Festlegung des Anteils der Stadt Landau in der Pfalz am beitragsfähigen Ausbauaufwand

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 13. März 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Die Erneuerung der Straßenbeleuchtung/Straßenoberflächenentwässerung sind als beitragspflichtige Teileinrichtungen der Verkehrsanlage Moltkestraße / Reditstraße abzurechnen.**

Die Verkehrsanlage ist in beiliegendem Lageplan dargestellt.

- 2. Anteil der Stadt Landau in der Pfalz an den beitragsfähigen Aufwendungen**

Der Anteil der Stadt Landau in der Pfalz an den beitragsfähigen Aufwendungen wird mit 35 % festgesetzt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

**1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der
Straßenoberflächenentwässerung im Bereich von Verkehrsanlagen im Stadtteil
Mörlheim**

**2. Festlegung des Anteils der Stadt Landau in der Pfalz am beitragsfähigen
Ausbauaufwand**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 28. März 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Die Erneuerung der Straßenoberflächenentwässerung in den Straßen

- **An den Herrenäckern / An den Thoräckern**
- **Kaffeegasse**

**sind als beitragspflichtige Teileinrichtung dieser Verkehrsanlagen abzurechnen.
Die Verkehrsanlagen sind in den beiliegenden Lageplänen dargestellt.**

**2. Der Anteil der Stadt Landau in der Pfalz an den beitragsfähigen Aufwendungen
wird mit 25 % festgesetzt.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Neukonzeption der Sporthallen im Zusammenhang mit der Rundsporthalle

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 11. April 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

75 Rundsporthallen seien gebaut, alle würden Probleme machen. Für ihn habe damals schon als Ratsmitglied festgestanden, dass dies eine Fehlentscheidung gewesen sei. Er sehe dies auch heute noch so. Die sportliche Nutzbarkeit stehe außer Frage, aber es mangle ihr an der baulichen Zuverlässigkeit. Es habe mehrere Sanierungsversuche gegeben, alle letztlich ohne Erfolg. Er komme zu dem klaren Fazit: Die Rundsporthalle ist nicht zukunftsfähig. Wenn es die Meinung gebe, dass die Rundsporthalle eine Option für die Zukunft sei, dann müsse man sie sanieren und sonst nichts.

Nur wenn man sie nicht für sanierungsfähig halte, komme man als Konsequenz zu den Alternativen, die er dem Rat vorschlage. Dies sei der Bau einer Zwei-Feld-Halle im Sportzentrum West und eine Zwei-Feld-Halle an der Berufsbildenden Schule. Zusätzlich komme eine Ein-Feld-Halle auf dem Gelände der Landesgartenschau. Ein schwieriges Problem sei hierbei natürlich die Finanzierung. Bei der Halle an der Berufsbildenden Schule sei ganz klare Bedingung, dass dies nur über Mittel aus der Schulbauförderung des Landes gehe. Es gebe hier ein Signal des Landes, aber noch keine vertragliche Botschaft. Für die Halle am Sportzentrum West spreche vieles dafür, die Halle über die Stadtholding bauen zu lassen und sie dann an das Gebäudemanagement zu vermieten. Dies sei unter dem Strich die wirtschaftlichste Lösung unter der Voraussetzung „ohne Rundsporthalle“. Neue, konventionelle Hallen seien zukunftsfähig, die Rundsporthalle nicht. Er gebe zu Protokoll: „Die Rundsporthalle hat keine Zukunft“. Das, was die Verwaltung mit der Sitzungsvorlage vorlege, sei zukunftsfähig sowohl für den Schulsport als auch für den Vereinssport in der Stadt.

Die von der CDU beantragte Untersuchung der Hallenkapazitäten könne für den Vereinssport durchaus hilfreich sein. Dort gebe es sicherlich Optimierungsmöglichkeiten. Für den Schulsport bringe sie nichts, da dort oft kurzfristig reagiert werden müsse.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron sprach von keiner einfachen Diskussion, die man seit geraumer Zeit zu diesem Thema führe. Es gebe viele Argumente, die gewogen werden müssten.

Die SPD-Fraktion wolle das Paket, wie es die Verwaltung in der Vorlage vorlege, gerne aufschneiden. Er halte es für angebracht, hier Schritt für Schritt vorzugehen, da man auch über Geld spreche das man nicht habe. Man werde der Vorlage der Verwaltung als ganzes nicht zustimmen, da die SPD-Fraktion einen anderen Weg gehen möchte. Der richtige Weg sei, einen ersten Schritt zu gehen und die Verwaltung zu beauftragen, Verhandlungen mit dem Land zu führen. Die Verhandlungen sollten das Ziel haben, herauszufinden wie hoch ein Zuschuss für den Bau einer Sporthalle an der Berufsbildenden Schule wäre. Wenn das Ergebnis feststehe, sollte die Verwaltung den Rat informieren um dann zu entscheiden, welchen nächsten Schritt man dann gehe. Er sei der Meinung, dass man hier klug vorgehen müsse. Noch dränge die Zeit nicht, so dass man dieses verantwortungsbewusste Vorgehen wählen könne. Er hoffe hier auf einen Konsens im Stadtrat.

Ratsmitglied Lerch war der Meinung, dass es hier keine Schwarz-Weiß-Entscheidung gebe. Dass man zu unterschiedlichen Auffassungen komme, liege in der Natur der Sache. Der vorliegende Antrag der CDU-Stadtratsfraktion liege weitgehend auf einer Linie mit der SPD. Die geplante Halle an der Berufsbildenden Schule stehe und falle mit dem Landeszuschuss. Dies müsse zuerst abgeklärt werden. Die Zeit, die das dauern werde, sollte man nutzen um einige Klärungen herbeizuführen. Es seien noch einige Fragen offen, wie beispielsweise Mittel aus dem Goldenen Plan, Mittel zur Sanierung der Rundsporthalle oder die Frage des Kunstrasenplatzes.

Ratsmitglied Herdel erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion grundsätzlich für die Variante 4 sei. Allerdings gestehe er zu, dass die Vorlage die logische Konsequenz sei dessen was zu tun ist. Im Raum stehe allerdings die Kostenfrage. Er gehe nicht davon aus, dass sich der Haushalt des Landes in den nächsten 10 Jahren merklich verändern werde. Daher stimme man dem Vorschlag der SPD zu, erstmal Schritt für Schritt vorzugehen.



Ratsmitglied Volkhardt stellte fest, dass die Meinungen in dieser Frage weit auseinandergingen. Die FWG-Stadtratsfraktion begrüße es sehr, dass sich mit der geplanten Halle an der Berufsbildenden Schule endlich etwas tue. Man habe sich schon immer dafür eingesetzt, dass die größte Landauer Schule in unmittelbarer Nähe einen geregelten Sportunterricht abhalten kann. Bei allen Überlegungen sei der Schulsport die Maßgabe. Wichtig sei hier der Landeszuschuss, allerdings sei für die FWG 50% keine Deadline. Man könne sich auch vorstellen, bei einem geringeren Zuschuss die Halle anzugehen. Bei der Abstimmung werde die FWG-Stadtratsfraktion für die Vorlage der Verwaltung und damit für den Neubau einer Sporthalle anstelle der jetzigen Rundsporthalle stimmen. Man sei gegen eine Sanierung der Rundsporthalle. In den letzten Jahren sei zu viel Geld in die Halle gesteckt worden. Zu einem Abriss gebe es seiner Meinung nach keine Alternative. Er finde, dass man mit den Fraktionen von SPD und CDU hier gar nicht so weit auseinander sei. Hier sei wirklich der Weg das Ziel.

Ratsmitglied Silbernagel empfand die vorliegende Sitzungsvorlage als sehr komplex, die nicht mit einer Abstimmung zum Ziel führe. Es gebe hier sehr unterschiedliche Sichtweisen. Für die FDP-Stadtratsfraktion sei der Neubau einer Zwei-Feld-Halle an der Berufsbildenden Schule unter der Maßgabe eines 50%-Zuschusses des Landes unstrittig. Dem werde man zustimmen. Allerdings bestehe hinsichtlich des 50%-Zuschusses des Landes ein Unsicherheitsfaktor. Daher sollte über die Buchstaben b) und c) der Vorlage heute nicht abgestimmt werden. Die FDP-Stadtratsfraktion werde aus den genannten Gründen der Verwaltungsvorlage nicht zustimmen, sondern für den Antrag der CDU stimmen.

Ratsmitglied Marquardt betonte, dass es eine alte Forderung des UBFL gewesen sei, an der Berufsbildenden Schule eine Zwei-Feld-Halle zu errichten. Er sei der Meinung, dass dies oberste Priorität habe. Damit gewinne man Zeit, um neue Erkenntnisse und Daten zu sammeln. Die UBFL-Stadtratsfraktion sehe den Abriss der Rundsporthalle eher kritisch, da evtl. Fördermittel zurückgezahlt werden müssten. Man müsse sich auch vor Augen halten, dass eine Zwei-Feld-Halle kein gleichwertiger Ersatz für die Rundsporthalle sei.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass der Rat um eine Entscheidung nicht herumkommen werde. Egal, ob dies heute oder zu einem anderen Zeitpunkt sei. Diese Vorlage sei das, was er empfehle. Er mache nochmals darauf aufmerksam, dass die Uhr ticke. Im Januar 2014 laufe die Genehmigung für den Betrieb der Rundsporthalle aus. Ob es dann weitergehe, müsse man sehen. Man habe keine Zeit zu verlieren, wenn es nach dem Januar 2014 nahtlos mit dem Sport weitergehen solle. Selbst mit einer Halle an der BBS werde es bei einem Ausfall der Rundsporthalle zu deutlichen Problemen kommen. In dieser Verantwortung stelle er als Oberbürgermeister diese Vorlage zur Abstimmung.

Der Stadtrat lehnte mehrheitlich mit 7 Ja- und 31 Nein-Stimmen den nachstehenden Beschlussvorschlag ab:

Nachdem die Rundsporthalle nun lediglich temporär gesichert wieder genutzt werden kann, muss durch den Stadtrat eine Entscheidung über die weitere Vorgehensweise zur dauerhaften Wiederherstellung der Sporthallenkapazitäten der Stadt Landau getroffen werden.

Durch das Gebäudemanagement Landau wird daher unter der Voraussetzung einer Landesförderung für die Maßnahme unter a) auf der Grundlage des beigefügten Variantenvergleichs folgende Lösung vorgeschlagen:

- a) *Für die Berufsbildende Schule Landau wird eine städtische Schulsporthalle als 2-Feld-Halle auf der Nebenfläche des Horstsportplatzes errichtet.*
- b) *Als Ersatz für die Rundsporthalle wird auf dem Jahnplatz ebenfalls eine 2-Feld-Halle errichtet, wobei hierzu der Jahnplatz eine West-Ost-Ausrichtung erhält. Diese Halle soll im Rahmen eines Betreibermodells durch die Stadtholding GmbH finanziert und errichtet werden.*
- c) *Im Nachgang der Errichtung der Ersatzhalle wird die Rundsporthalle abgerissen und auf dieser Fläche ein Parkplatz errichtet und Baugrundstücke ausgewiesen.*



Die Vorlage war somit abgelehnt.

Der Vorsitzende stellte dann den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Abstimmung.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 30 Ja-, 1 Nein-Stimme und 7 Enthaltungen:

Für die Berufsbildende Schule Landau wird eine städtische Schulsporthalle als 2-Feld-Halle auf der Nebenfläche des Horstsportplatzes errichtet.

Die weiteren Entscheidungen, wie sie in der Beschlussvorlage der Verwaltung unter den Buchstaben b) und c) aufgeführt sind, werden zurückgestellt bis

- **Der Bescheid über die Gewährung des Landeszuschusses über 50 % der förderfähigen Kosten für eine 2-Feldhalle am Standort BBS vorliegt.**
- **Unklarheiten und offene Fragen bzgl. Der Weiterentwicklung des Sportzentrums am Standort der Rundsporthalle geklärt sind.**

Spätestens zum Juli 2013 sollte der Stadtrat mit der Entscheidung über die Entwicklung des innerstädtischen Sportzentrums befasst werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Umbau und Sanierung des Gebäudes 12 in der ehemaligen Kaserne Estienne-Foch zu einem Bürogebäude mit Besucherzentrum für die Landesgartenschau 2014 - Mehrkosten

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 13. März 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Schröder sah bei dieser Vorlage noch Klärungsbedarf. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage nicht zustimmen, da diese Mehrkosten vorhersehbar gewesen seien. Es habe auch in der gesamten Handlungskette keinen Zwischenbericht gegeben. Nun werde es teurer als geplant.

Bürgermeister Hirsch sprach von einem Fluch der guten Tat. Es seien verschiedene Lösungen für die Unterbringung der Landesgartenschau-GmbH geprüft worden. Letztlich habe man sich für diese Variante entschieden. Eine Kostensteigerung sei bei einer Altbausanierung eigentlich unvermeidlich. Man rede hier von einer Kostensteigerung von 5 %, dies sei fast eine Punktlandung.

Ratsmitglied Silbernagel erinnerte daran, dass die FDP immer gegen die Modernisierung des Gebäudes gewesen sei. Deshalb werde die FDP-Stadtratsfraktion auch dieser Vorlage nicht zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass dieser Umbau sehr teuer geworden sei. Nun werde es noch mal teurer. Diese Erhöhung sei für sie nicht nachvollziehbar. Es sei bei diesem Umbau nicht darauf geachtet worden, dass es kostengünstig verlaufe. Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne die Sitzungsvorlage ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 29 Ja- und 9 Nein-Stimmen:

- 1. Der Verwaltungsrat stimmt zu, die Kostenobergrenze zur Sanierung des Gebäudes um 115.000 Euro auf 1.865.000 Euro anzuheben. Zur Finanzierung wird das interne Darlehen des Betriebszweiges Straßenreinigung um den gleichen Betrag auf 1.615.000 Euro erhöht.**
- 2. Der Stadtrat stimmt dem vorgenannten Beschluss des Verwaltungsrats gem. § 7 Abs. 2 der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau zu.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende wies auf 25 Jahre Frank-Loebches-Haus und den dazu erschienenen Presseartikel hin.

Er lud weiter ein zum Tag der offenen Tür auf dem Gelände der Landesgartenschau am 12. und 13. Mai 2012.



Die Niederschrift über die 27. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 08.05.2012 umfasst 25 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 220.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete